

**HESSISCHER LANDTAG**

02.12.2010

Dem
Haushaltsausschuss
überwiesen

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
 die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
 Haushaltsjahr 2011 (Haushaltsgesetz 2011) in der Fassung der
 Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
 Drucksache 18/3132 zu Drucksache 18/2674

Einzelplan **08** **Hessisches Sozialministerium**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 08 08 Sozialbudget NEU
Buchungskreis: 2795Förderproduktnummer 09 NEU
lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan Die Kommunen in ihren sozialen Aufgaben stärken

	Veränderung		
	von	um	auf
Beträge in 1.000 EUR			
Gesamtkosten	0,0	+13.795,7	13.795,7
Produktabgeltung	0,0	+13.795,7	13.795,7

Der Wirtschaftsplan, das zugehörige Produktblatt und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Die Kommunalisierung der Landesregierung zur Weiterentwicklung der sozialen Landschaft in der jetzigen Form muss als gescheitert angesehen werden: ohne den Willen und Kriterien für die Steuerung durch die Landesregierung, ohne Bereitschaft der kommunalen Spitzenverbände zu einem zielorientierten Berichtswesen handelt es sich bei diesem Produkt um ein Budget, dass in dieser Form in einem modernen Landshaushalt nicht mehr zeitgemäß ist. Eine Reform kann auch zur Folge haben, dass die Finanzmittel im KFA angesetzt werden.

Inhaltlich ist eine grundsätzliche Reform der Kommunalisierung sozialer Hilfen wie folgt notwendig

1. Kritische Bestandsaufnahme der bisherigen Erfahrungen mit der Kommunalisierung sozialer Hilfen
2. Aufgabenkritik und Beschreibung der staatlichen Aufgaben von Bund, Land (Regierungspräsidien) und Kommunen in den einzelnen Fachbereichen
3. Etablierung einer landesweiten Sozialberichterstattung mit eindeutigen Zielbeschreibungen für die jeweiligen Handlungsebenen
4. Etablierung von Indikatoren zur Bewertung von Effektivität der Maßnahmen und Effizienz ihrer Erbringung auf der jeweiligen Handlungsebene
5. Implementierung einer dauerhaften Evaluation der kommunalisierten sozialen Hilfen
6. Neuer Kooperationsvertrag Land – Kommunen – LIGA-Verbände

Kommunalisierung sozialer Hilfen

13 795 700 Euro

Wiesbaden, 02.12.2010

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende
Tarek Al-Wazir